

Zunächst begründet Ratsfrau Vogt den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion. Sie verbindet damit die Hoffnung, dass nach der bedauerlichen Schließung der Albert-Schweitzer-Schule der Förderschulstandort Rheinbach wiederbelebt werden kann. Seitens der SPD-Fraktion werden Bedenken geäußert, dass eine Schule in Form der Albert-Schweitzer-Schule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ betrieben werden kann. Es sollte eher überlegt werden, die Einrichtung als Dependance einer bestehenden Schule zu führen. Erster Beigeordneter Dr. Knauber würde grundsätzlich eine Förderschule in Rheinbach begrüßen, da es im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis mit Bornheim nur noch eine Förderschule in städtischer Trägerschaft gibt. Im rechtsrheinischen Bereich ist das Angebot deutlich größer. Es würden derzeit verschiedenen Möglichkeiten diskutiert, man müsse auch abwarten, wie es mit der Mindestgrößenverordnung weitergeht. Hier sei eine klare Aussage der Landesregierung erforderlich. Ratsherr Beißel äußert Bedenken, ob eine Neuerrichtung einer Schule möglich ist, da die Rahmenbedingungen sehr schwierig und insbesondere die personellen Ressourcen nicht vorhanden seien. Ratsfrau Vogt befürwortet es, dennoch die Chance zu nutzen. Ratsfrau Koch schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu modifizieren, dass nur die Möglichkeit der Errichtung eines Teilstandorts geprüft werden soll. Nach kurzer weiterer Diskussion lässt der Vorsitzende, Ratsherr Danz, über folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen: Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten der Einrichtung eines Teilstandortes einer vorhandenen Förderschule zu prüfen.